



UM KONTAKTE WEITER EINZUSCHRÄNKEN - HOMEOFFICE ERMÖGLICHEN

Veröffentlicht am 21.01.2021 um 10:00 Uhr

Mit einem gemeinsamen Appell haben sich die Landesregierung und die Spitzen der Gewerkschaften in Schleswig-Holstein an die Unternehmen und die Beschäftigten gewandt, mobiles Arbeiten im Homeoffice anzubieten und auch zu nutzen.

"Wir müssen alle Möglichkeiten ergreifen, um die Corona-Pandemie weiter einzudämmen. Die Kontakte müssen weiter eingeschränkt werden, sowohl im Privats als auch im Berufsleben. Arbeiten im Homeoffice leistet hierzu einen wichtigen Beitrag", sagte Ministerpräsident Daniel Günther heute (21. Januar) in Kiel. An einer Videokonferenz mit den Spitzen der Gewerkschaften hatte zuvor auch Wirtschaftsminister Dr. Bernd Buchholz teilgenommen. Für die Gewerkschaften sprachen der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nord (DGB), Uwe Polkaehn, sowie Vertreterinnen und Vertreter der IG Bau, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Gewerkschaft der Polizei, Verdi, IG Metall, IG Bergbau, Chemie, Energie sowie der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft.



/ Foto: Lukas Gehrler/Pixabay

Bund und Länder hatten sich in dieser Woche darauf geeinigt, dass Unternehmen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern befristet bis zum 15. März ermöglichen müssen, im Homeoffice zu arbeiten - wo immer dies möglich ist und sofern es die Tätigkeiten zulassen. "Vor diesem Hintergrund appellieren wir entschieden an alle Beschäftigten in unserem Land, diese Angebote anzunehmen", so der Ministerpräsident. Es gehe darum, Kontakte zu vermeiden, sowohl im Unternehmen als auch auf dem Weg dahin in Bus und Bahn. Das Land als großer Arbeitgeber gehe hier mit gutem Beispiel voran: Ein Großteil der Beschäftigten arbeite bereits seit dem Beginn des zweiten Lockdowns Anfang November im Homeoffice. Günther dankte allen Unternehmen, die schon jetzt große Anstrengungen unternommen haben, Homeoffice zu ermöglichen.

Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Bezirks Nord: "Wo es möglich ist, bieten Unternehmen in Abstimmung mit ihren Betriebs- und Personalräten ihren Beschäftigten heute bereits Homeoffice an. Allerdings: 27 Prozent der Beschäftigten haben im April im Homeoffice gearbeitet. Im November lediglich 14 Prozent - da geht noch was. Wir müssen jetzt die Kontakte weiter einschränken und die Mobilität verringern. Arbeiten im Homeoffice trägt dazu bei. Homeoffice ist nicht für jeden Beruf oder jede Tätigkeit geeignet. Es kann jedoch noch mehr getan werden – wobei hier Arbeitgeber, Beschäftigte und Betriebsräte gemeinsam in der Pflicht stehen, diese Möglichkeit verantwortungsvoll zu nutzen."

Wirtschaftsminister Dr. Bernd Buchholz begrüßte es, dass es auch weiterhin keine verpflichtenden Regelungen für das Arbeiten im Homeoffice gebe: "Mit Blick auf die weiterhin kritische Pandemie-Lage appelliere ich aber dringend an die Wirtschaft, dass wo immer möglich, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jetzt schnell Homeoffice ermöglicht wird und so die vom Bund avisierte Homeoffice-Verordnung schon jetzt in Schleswig-Holstein umgesetzt wird. Eine Voraussetzung ist

dabei, dass die technischen Voraussetzungen in den Betrieben und bei den Beschäftigten gegeben sind. Auch die Beschäftigten sind aufgefordert, die Angebote der Unternehmen anzunehmen", so Buchholz.